

Wer schützt die Polizei?

28 000-mal wurden Beamte im vergangenen Jahr bei Festnahmen verletzt. Der Grund: Hass auf den Staat. Jetzt fordert die Gewerkschaft: Ein Gesetz muss her, das Angreifer hart bestraft.

VON PETER KOARD

BERLIN. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, hat einen stärkeren gesetzlichen Schutz von Polizisten gegen die Übergriffe von Gewalttätern gefordert. Die Zahl der Angriffe auf die Einsatzkräfte sei in den vergangenen Jahren drastisch angestiegen, sagte Freiberg der RHEINPFALZ am SONNTAG, Landau.

Allein im vergangenen Jahr habe es in Deutschland mehr als 28.000 registrierte Fälle von Widerstand gegen Polizisten gegeben. Gegenwärtig werde von den Innenministern der Länder untersucht, wie viele der Beamten dabei verletzt worden seien. Dazu würden bundesweit mehr als 250.000 Polizisten befragt.

Nach den Worten von Freiberg gibt es immer mehr Klagen und Besorgnis vonseiten der Polizisten. Sie fühlten sich als Sündenbock gegenüber dem zunehmenden Frust und Hass insbesondere von Jugendlichen gegenüber dem Staat. Wenn der Polizist in dessen Auftrag handle, habe der Staat auch die Pflicht, ihn besonders zu schützen, verlangte der Gewerkschaftschef.

SCHMERZ

Man kennt die Bilder von blutenden Demonstranten, die im Polizeigriff abgeführt werden. Aber wer kennt die Bilder von schmerzgekrümmten Beamten (rechts) und von den Überresten der blinden Wut? (fotos: ddp)



Freiberg schlug vor, künftig einen besonderen Paragraphen zum Schutz der Polizisten im Strafgesetzbuch (StGB) zu verankern. Dazu werde in der kommenden Woche der Innenministerkonferenz ein Vorschlag unterbreitet. Im Anschluss müssten dann die Bundestagsfraktionen entscheiden, ob sie sich den Vorstoß zu eigen machten.

Selbst wenn sich die Gewerkschaft der Polizei nicht durchsetzen könne, „muss es zu einer stärkeren Bestrafung von Übergriffen gegen Polizisten kommen“, fordert der GdP-Chef. Gegenwärtig verliefen derartige Straftaten wie Körperverletzungen viel zu oft im Sande. Die Täter sollten künftig mit Mindeststrafen rechnen und für ihre Handlungen deutlich stärker zur Verantwortung gezogen werden.

Experten sind freilich skeptisch, ob eine Strafverschärfung wirklich in jedem Fall hilft. So haben etwa Anhörungen des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zutage gefördert, dass es sehr schwer ist, Einzeltäter im Nachhinein einwandfrei festzustellen, wenn Polizisten aus einer randalierenden Menge heraus mit Flaschen beworfen werden.